

Stuttgart, den 14. Oktober 2014

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,

wieder einmal haben Sie weitreichende Entscheidungen zu treffen, diesmal über den Rückkauf der Netze, die Kooperation der Stadtwerke mit der EnBW, oder wie Herr Kuhn es ausgedrückt hat, die Gründung einer revolutionären Keimzelle. Sie entscheiden auf Basis einer Zusammenfassung der Stadtverwaltung und auf Empfehlung der 7 „Eingeweihten“, die im Unterausschuss Stadtwerke diese Entscheidung vorbereitet haben. Einsicht in die umfangreichen Vertragswerke können Sie zwar nehmen. Ohne unabhängige rechtliche Beratung wird sich der Sinn der Dokumente nicht erschließen, dies gilt übrigens auch für die Mitglieder des Unterausschusses, auch für sie war eine unabhängige Prüfung der Dokumente nicht möglich.

Sie werden also weitgehend „blind“ bzw. im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der städtischen Zusammenfassung entscheiden. Mit Abstimmungen über Geheimdokumenten haben Sie reichlich Erfahrung. Bei der LBBW wurde ihnen eine schnelle Rückzahlung und ausreichende Verzinsung versprochen, auf die der Kämmerer nun schon seit Jahren wartet, Ende 2009 hat Ihnen die Bahn versprochen den Kostendeckel zu halten, indem die Wände der Tunnel verdünnt werden, fünf Jahre später wurde diese Zusage mit 3 Worten „nicht realisierte Einsparungen“ wieder vom Tisch genommen, Crossborderleasing wurde Ihnen als die risikolose Geldquelle angepriesen, heute wissen Sie, dass diese Geschäfte illegal waren. Ihre Vorgänger haben die TWS mit Mann und Maus, vielen Grundstücken und den Wasserrechten verkauft, heute sagen die Aufrechten unter Ihnen, dies war ein großer Fehler.

Geschäfte mit umfangreichen geheimen Papieren sind in der Regel nicht deswegen geheim, weil wichtige Geschäftsgeheimnisse geschützt werden sollen, sondern weil bestimmte Informationen nicht an die Öffentlichkeit, auch nicht an die gemeinderätliche, dringen sollen. Das kann man auch sehr gut anderswo, z. B. bei den Berliner Wasserverträgen erkennen.

Nun werden viele von Ihnen sagen, wir können hier nicht frei entscheiden, weil das Vergaberecht so kompliziert sei. Das Vergaberecht ist kompliziert und derzeit nicht eindeutig geregelt, man sieht dies am Beispiel Filderstadt, wo die Konzessionsvergabe vom Kartellamt kassiert wurde. Stuttgart hat hier gute Arbeit geleistet. Inzwischen ist die Vergabe rechtssicher. Dennoch, die Vergabeentscheidung war politisch so gewollt, die EnBW sollte mit ins Boot. Das kann man ganz einfach mit dem zweiten Verfahrensbrief belegen. Das dort neu aufgenommene Pachtmodell, also die Stadt übernimmt das Eigentum und der Private den Betrieb, wurde ohne Not eingebracht und war der EnBW auf den Leib geschneidert. Nun ist gegen politische Entscheidungen an sich nichts einzuwenden, im Gegenteil.

Aber politischen Entscheidungen - Politik als Sphäre der menschlichen Autonomie - müssen bewertet werden. Sie können richtig oder falsch sein. Die Entscheidung, die EnBW mit den Stadtwerken zu verheiraten, ist im Sinne einer erfolgreichen Energiewende falsch.

Die EnBW ist kein Partner der Kommunen, das zeigt sich schon jetzt. Die Stadtwerke und die EnBW werden sich gleich nach Abschluss der Verträge (die Sie noch verhindern können) vor Gericht treffen und sich über Hochspannungs- und Hochdrucknetze streiten. Diese Frage ist für die Ertragsituation des Stadtwerks von hoher Bedeutung, denn diese Netze sind hoch profitabel. Die laut StN zu

erwartende Rendite von 5,8 % und auch den Kaufpreis können sie also getrost als Hoffnungswert nehmen. Je nach Prozessausgang kann hier auch das sprichwörtliche dicke Ende nachkommen.

Die EnBW ist als AG ausschließlich ihren Anteilseignern verpflichtet. Dies hat Herr Mastiaux in der Veranstaltung des Vereins kommunale Stadtwerke nochmals ausdrücklich bestätigt. Das wird sich natürlich auch im Betrieb der Stadtwerke bei jeder einzelnen Entscheidung auswirken. Es wird stetig gefeilscht werden und es wird nichts umsonst geben. Schon gar keine kostengünstige Erschließung von Gebieten für Kraftwärmekopplung (dazu braucht man dickere Drähte und die kosten Geld). Sie können dies auch daran erkennen, dass der EnBW 26,5 Mio. € für Aufbauleistungen erstattet werden sollen und zwar dafür, dass sie zumindest für fünf Jahre als Pächter genau das weiter tut, was sie bisher getan hat.

Die Revolutionäre Keimzelle der Energiewende wird es mit der EnBW nicht geben. Stuttgart wird seit 10 Jahren von der EnBW energiepolitisch „regiert“ und steht bundesweit in Sachen Energiewende ganz hinten. Aktuell investiert die EnBW in die große Wind-, Kohle- und Wasserkraft, dezentrale Ansätze, wie Kraftwärmekopplung, spielen in der Geschäftspolitik der EnBW keine Rolle. Synergien zwischen der Energieerzeugung und dem Netzbetrieb, dem Kern der Energiewende, wird es nicht geben, da Stadtwerke und EnBW im Bereich der Energieerzeugung Konkurrenten sind.

Mit der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage vergibt die Stadt eine große Chance, in der Energiewende Vorreiter zu werden. Sie setzt sich bzw. das Stadtwerk mit der hybriden Konstruktion unnötig hohen wirtschaftlichen Risiken aus und sie macht, was die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angeht, ihrem schlechten Namen wieder einmal alle Ehre.

Bei der Entscheidung handelt es sich um eine politische Entscheidung. Sie können ja oder nein sagen. Aber immerhin kann diesmal niemand sagen, wie aktuell beim Milaneo oder dem Gerber, wir waren es nicht. Sie wissen genau, was Sie entscheiden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen erfolgreiche Beratungen.

Jürgen Schmid

Umweltsprecher der Naturfreunde Stuttgart und
Aktion Stadtwerke